

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

“It became an enormous human drama affecting hundreds of thousands of families. Their combined hopes, dreams and experiences came to reflect to a certain extent the hopes, dreams and experiences of society as a whole. (...) For some, migration strengthened family ties and traditional ways of thinking. For others the migration experience led to a complete break with the past. (...) Families left behind may have owned more consumer goods, lived in better houses, and enjoyed better diets. But they also experienced long separation and at least a temporary break in family ties. Throughout much of the 1970s and 1980s, as many as a million wives were separated from their husbands for long periods of times. Many more children were growing up without fathers (...).”
(Addleton 1992: 155f.)

Ziel dieses Kapitels ist es, eine inhaltlich-historische Rahmung für die folgende theoretische Konzeptionalisierung und die empirische Analyse zu schaffen. Eine solche einordnende Rahmung erlaubt die Verortung der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen. Sie rekurrieren auf historische Aspekte, die im Folgenden aufgearbeitet werden. Über die Positionierung der einzelnen Akteur*innen hinaus entfaltet der historische Kontext bis heute Deutungskräfte und Wirkmächte. Ohne das Wissen um diese historischen Entwicklungen, die zeitgenössische Netzwerke, Problemfelder und Konfliktlinien konstituieren, lassen sich die anschließenden empirischen Untersuchungen daher nicht umfassend verstehen.

Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien stellt eine historische Konstante dar, die unter bestimmten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen entstanden ist und bis heute fort dauert.¹¹ Um dies zu kontextualisieren, wird in 1.1 auf die historische Entwicklung von Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien eingegangen, die auch vor dem Hintergrund der staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung forciert wurde. Im Anschluss (1.2) werden die

¹¹ In diesem Kapitel beziehe ich mich auf den Forschungsstand zur innenpolitischen und gesellschaftlichen Historiographie des Königreichs seit seiner Gründung im Jahr 1932 und dem Beginn der organisierten Einwanderungspolitik.

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Motive und Hintergründe der anwachsenden Rekrutierung asiatischer Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien analysiert, bevor in 1.3 ihre Bedeutung und Herausforderungen für den saudischen Arbeitsmarkt kontextualisiert werden.

1.1 Arbeitsmigration nach Saudi-Arabien vor dem Hintergrund sozioökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen

Im Vorfeld der Staatsgründung des Königreichs Saudi-Arabien im Jahr 1932 vereinte König ‘Abd al-‘Azīz b. Āl Sa’ūd (reg. 1932–1953) die miteinander konkurrierenden Stammeskonföderationen der unterschiedlichen Landesteile und begann, einen staatlichen Verwaltungsapparat aufzubauen (vgl. Al-Rasheed 2002; Vassiliev 2000). Dafür benötigte er ausländische Expertise, die im noch weitgehend beduinisch geprägten Königreich zu seiner Zeit nicht zur Verfügung stand. So engagierte er Technokraten aus Ägypten, Syrien, Jordanien und dem Libanon (vgl. Fargues 2011) sowie aus Europa, darunter den bekannten britischen Arabisten H. John St. Philby (1885–1960), der für Ibn Sa’ūd in der Zwischenkriegszeit als Berater fungierte (Almana 1980: 191f.).

Die Zahl der Ausländer*innen nahm insbesondere mit der Verteilung von Konzessionen an ausländische (US-geführte) Unternehmen zur Ölförderung, wie Standard Oil of California (SOCAL)¹², in den 1930er Jahren landesweit zu:

„Professional, technical and managerial expatriates were ‘imported’ from Britain or America while skilled and semi-skilled artisans and clerical workers were recruited primarily from the Indian subcontinent, while unskilled workers were recruited from the local population or were Arabs who came from neighbouring countries“ (Thiollet 2016: 8).

Um den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften in der Ölindustrie zu decken, eröffnete SOCAL Rekrutierungsbüros in Eritrea 1944, zwischen 1945 und 1947 im sudanesischen Khartoum und im jemenitischen Aden sowie im libanesischen Beirut und den Palästinensischen Gebieten 1949 (vgl. Seccombe/Lawless 1987; Thiollet 2011b; Errichiello 2012; Seccombe 1983; Seccombe 1986). Zu Beginn stammten die meisten ausländischen Arbeitskräfte im Ölsektor noch aus den USA, Italien oder Eritrea (vgl. AlShehabi 2015: 7), später auch aus Indi-

¹² 1933 wurden die ersten Ölkonzessionen an SOCAL vergeben, ehe die Ölförderungsrechte an sein Tochterunternehmen California Arabian Standard Oil Company (CASOC) abgetreten wurden. CASOC wurde 1944 in Arabian American Oil Company (ARAMCO) und 1988 in Saudi ARAMCO umbenannt (vgl. Vassiliev 2000: 401).

en und zu einem geringen Teil Anteil auch aus Pakistan (Badre/Siksek 1960: 36f. zufolge lag dieser Anteil bei sechs Prozent).

Zwar waren durch die Pilgerfahrten *Ḥaǧǧ* und *ʿUmra* bereits seit Jahrhunderten eine Vielzahl an ausländischen Pilgern in den im Westen des heutigen Saudi-Arabiens gelegenen Ḥiǧāz gekommen, um dort Mekka und Medina zu besuchen. Von diesen Einflüssen blieben der Rest des Landes – vor allem der zentralarabische Naǧd, aus dem die Herrscherfamilie, die Āl Saʿūd, stammt – und auch die Ostprovinzen jedoch weitgehend unberührt. So geriet ein Teil der dort ansässigen lokalen Bevölkerung erst nach dem beginnenden Anstieg der Ölproduktion mit ausländischen Expert*innen aus den USA, Europa und anderen arabischen Ländern in Kontakt: Vor der Unterzeichnung der Ölkonzessionen hatten sich nur etwa 50 nicht-muslimische Ausländer*innen im Königreich aufgehalten, in den 1950er Jahren arbeiteten allein bei Aramco bereits 7.000 bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 20.400 (Al-Rasheed 2002: 91; Brown 1999: 140). Nach dem Tod Ibn Saʿūds 1953 stieg die Zahl der ausländischen (männlichen) Verwaltungsangestellten, Lehrer und Beamten bis in die 1960er Jahren auch außerhalb der Ölindustrie an, um den Staatsapparat weiterzuentwickeln und das Bildungs- und Erziehungssystem den neuen Anforderungen anzupassen.

Insbesondere unter König Faiṣal (reg. 1964–1975), dem Sohn des Staatsgründers und zweitem Thronfolger, nahm die Anwerbung ausländischer Arbeitsmigranten aufgrund seiner ambitionierten Modernisierungsmaßnahmen zu: Stammte 1964 nur ein Drittel der städtischen Arbeitskräfte aus dem Ausland, waren es Anfang der 1970er Jahre bereits mehr als 70% (Vassiliev 2000: 429). Diese kamen anfänglich noch zumeist aus dem Jemen oder dem Sudan, wurden aber seit den 1950er Jahren durch (männliche) Lehrer, Beamte, Ärzte, Ingenieure, Händler und Handwerker aus Ägypten, Syrien und dem Libanon ergänzt. Viele von ihnen holten ihre Familien aus den Heimatländern nach. Saudi-Arabien entwickelte sich unter König Faiṣal zum klassischen „Rentierstaat“ (vgl. Beblawi 1987; Beblawi/Luciani 1987), wenngleich zentrale Alimientierungsmechanismen bereits vor der Entdeckung und kommerziellen Förderung des Erdöls eine wesentliche Bedeutung im komplexen saudi-arabischen Herrschaftskontext gespielt hatten (vgl. Foley 2010: 22; Mahdavy 1970: 428; Hertog 2005: 141). Der Bedarf an kostengünstigen ausländischen Arbeitskräften stieg vor diesem Hintergrund in den 1970er Jahren nochmals an. Der sogenannte „Oktoberkrieg“ bzw. „Jom-Kippur-Krieg“ im Jahr 1973 eines Teils der arabischen Staaten gegen Israel und die damit verbundene, von Saudi-Arabien mitinitiierte Verknappung der Ölproduktion ließ die internationalen Ölpreise rasant steigen (vgl. AlShehabi 2015: 10). Diese Entwicklung bescherte Saudi-Arabien und anderen Ölproduzenten einen Ölboom (*tufrah*) (vgl. Dresch 2006: 204): Die Einnahmen erhöhten sich von 0,5 Mio. US-Dollar (1938) auf 33,5 Mrd. US-Dol-

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Tabelle 1. Öleinnahmen zwischen 1938 und 1992 (in Mio. US-Dollar). *Quelle: Vassiliev 2000: 401.*

Jahr	Einnahmen
1938	0,5
1945	5,0
1955	39,0
1960	333,7
1965	568,2
1970	1.944,9
1973	4.330,9
1974	33.500,0
1979	62.885,0
1981	105.813,0
1982	75.534,0

lar im Jahr 1974 – und damit um das 8.500-fache (siehe [Tabelle 1](#)) (vgl. Vassiliev 2000: 401).

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung stellte das Königshaus jedoch vor gravierende innenpolitische Herausforderungen. Immerhin wurde damit die individuelle Praxis der Kooption verstetigt und das Prinzip der Generosität geriet zum wichtigsten Instrument der Loyalitätsbildung; es entwickelte sich ein „petro-modernist state“ (Alshehabi 2015: 10).¹³ Der Staat wurde zum bestimmenden Machtmonopol (vgl. Khalaf 2015: 45). Im Zuge dessen verloren die vormals als „Vetoplayer“ (vgl. Tsebelis 1995) agierenden tribalen Akteur*innen und die traditionellen Händlerfamilien zunehmend an Einfluss, da der Staat nun direkt weite Teile der Bevölkerung mit Dienstleistungen und Finanzen alimentierte, womit die einstmalige Bedeutung der Stammesführer als Mittler zwischen Königshaus und Untertanen obsolet wurde; sie wurden zu Modernisierungsverlierern (vgl. Hertog 2010: 80). Faişal gelang mit dieser Politik, den Einfluss des Königshauses zu stärken und die unterschiedlichen Interessensgruppen enger an das Machtzentrum zu binden, um sie besser zu kontrollieren (Niblock 2006: 47). Ähnlich verfuhr er auch mit der einflussreichen religiösen Elite, die er ebenfalls eng an den Staat band und sie somit zu „Juniorpartnern“ (Steinberg 2014: 58) degradierte. Hertog bezeichnet dieses Bezie-

¹³ Mitglieder des Königshauses, die nicht im politischen Leben aktiv waren, wurden finanziell versorgt und stiegen zu Staatskontraktoren auf, während einflussreiche Stammesführer finanziell alimentiert wurden. Damit setzte Faişal die Heiratspolitik seines Vaters mit anderen Mitteln fort (vgl. Al-Rasheed 2002: 127).

hungsgeflecht als „segmented clientelism“ (Hertog 2005; Hertog 2010).¹⁴ Horizontale Entscheidungsebenen blieben die Seltenheit, was die Ineffizienz des Verwaltungsapparates verstärkte (vgl. Hertog 2008: 671). Dies führte zu einer Überbürokratisierung und zu einem aufgeblähten Verwaltungsapparat, sodass 1964 beispielsweise 331 unterschiedliche Arbeitsschritte notwendig wurden, um einen Ministerialbeamten einstellen zu können (vgl. Abir 1993: 39). Hinzu kam, dass die mit der Modernisierung einhergehende Urbanisierung soziale Strukturen und familiäre Bindungen aufbrach und ungelernete Arbeiter und Bauern in die Städte zogen, in denen sie jedoch keine adäquate Arbeit fanden. Dies schlug sich in einem überforderten Sozialsystem, steigenden Lebenshaltungskosten und grassierendem Wohnungsmangel nieder (vgl. Abir 1993: 51).

In Zeiten dieser sich wandelnden sozioökonomischen und sozialen Gegebenheiten wurden die rekrutierten arabischen Arbeitsmigranten zunehmend als politisches Sicherheitsrisiko wahrgenommen (vgl. Whitley 1993; Kapiszewski 2016: 59). Bereits in den 1940er Jahren hatten linke und nationalistische Ideen vor allem in der saudischen Ostprovinz für politische Mobilisierung geführt (vgl. Chalcraft 2010):

„The creation of a modern labour force in the oil camps of the Eastern Province of Saudi Arabia was a precondition for labour activism, and the initially very poor living conditions of the workers in these camps was the main grievance that led to two major strikes in 1953 and 1956“ (Matthiesen 2014: 474).

Auch viele Anhänger der ägyptischen Muslimbrüder hatten in Saudi-Arabien Exil gefunden, da sie in Ägypten unter Ġamāl ‘Abd an-Nāšir (reg. 1952–1954 als Ministerpräsident und 1954–1970 als Staatspräsident Ägyptens) als Bedrohung der nationalen Stabilität diskreditiert und ausgewiesen worden waren. Viele von ihnen sahen in einem Aufenthalt in Saudi-Arabien die einzige Möglichkeit, ihrer Verhaftung zu entgehen, zumal sich die politische Führung des Königreichs damals in einem innerarabischen Konkurrenzverhältnis mit Nāšir befand. Dessen Ideologie des blockfreien Pan-Arabisismus, seine von 1958 bis 1961 mit Syrien ins Leben gerufene Vereinigte Arabische Republik (*al-ġumhūrīya al-‘arabīya al-muttaḥida*) und seine regionale Strahlkraft als charismatischer Anführer forderten die saudische Herrschaft und ihre Legitimation auf unterschiedlichen Ebenen heraus. Erstens blieb Nāširs ideologische Idee eines panarabischen Nationalismus nicht allein auf Ägypten begrenzt, sondern sollte auf

¹⁴ Siehe zur Bedeutung der Herrscherfamilien und der Konsolidierung der Machtstrukturen in den golfarabischen Monarchien u. a. Heller/Safran 1985; Herb 1999; Lawson 1989; Long 1997; Crystal 1995 und Gause 2000.

die gesamte arabische Welt ausgeweitet werden. Diese angestrebte Deutungshoheit setzte den saudischen Anspruch, die führende islamische und arabische Führungsmacht darzustellen, unter Druck (vgl. Foley 2010: 35f.). Zweitens schlug sich diese Rivalität um den politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Einfluss in der arabischen Welt auch in einem militärischen Konflikt im Jemen nieder (1962–1970), in dem beide Länder auf unterschiedlichen Seiten militärisch intervenierten und sich als Kriegsparteien direkt gegenüberstanden (vgl. Commins 2012: 180, 184; Niblock 2006: 59). Drittens gelang es Nāṣir, durch transnationale Medienarbeit auch in Saudi-Arabien neue Anhänger*innen zu gewinnen, was die Idee des ägyptischen Nationalismus im Königreich immer populärer werden ließ, sodass das Königshaus fürchtete, von innen und außen in seiner Legitimation bedroht zu werden. Die Aufnahme ägyptischer Muslimbrüder sollte somit auch als politisches Signal gegen Nāṣirs politische Ambitionen gelten und einen ideologisch-islamistischen Apparat der Gegenpropaganda (vgl. Lacroix 2015: 169) zum ägyptischen Pan-Arabismus aufbauen.

Doch diese Politik wirkte sich alsbald negativ auf die inneren Machtverhältnisse im Königreich aus, denn der Einfluss der ägyptischen Muslimbrüder wuchs rasch: Durch ihre exponierte Stellung im Bildungssystem und der staatlichen Verwaltung begannen sie, Lehrinhalte mitzubestimmen und islamistische Inhalte verstärkt zu verbreiten (vgl. Lacroix 2011: 50f., 68). Daraus entwickelte sich die von den Muslimbrüdern inspirierte sogenannte „islamische Erweckungsbewegung“ (*aṣ-ṣaḥwa al-islāmīya*), die zu einer einflussreichen Oppositionsbewegung anwuchs. Sie kann als Hybridform zwischen Muslimbruderschaft und Wahhabismus¹⁵ verstanden werden (vgl. Al-Rasheed 2015a; Lacroix 2011: 52). Auch viele arabische Arbeitsmigranten fungierten als Träger,

¹⁵ Die Entstehung des sogenannten Wahhabismus reicht zurück auf die Mitte des 18. Jahrhunderts. Damals wirkte der arabische Prediger Muḥammad b. ‘Abd al-Waḥḥāb (1702/3–1792) in der zentralarabischen Region des Nağd und eignete sich während seiner Reisen nach Mekka und Medina, ins ostarabische al-Aḥsā sowie ins irakische al-Baṣra umfangreiches Wissen zu islamischer Theologie an. Er nahm seine beduinisch geprägte Umgebung als heidnisch wahr, die Natur und Heilige verehrte und sich aus seiner Sichtweise somit von Gott sowie dem „wahren Islam“ der „frommen Altvorderen“ (*as-salaf aṣ-ṣāliḥ*) um den Propheten Muḥammad entfernt hatten. Die Muslime seiner Zeit seien in die Zeit vor der Offenbarung des Islams im 7. Jahrhundert, die Zeit der „Unwissenheit“ (*ḡāhiliya*), zurückgefallen, was er ablehnte. Er kritisierte jegliche religiöse Neuerungen (*bid‘a*), forderte eine strikte Rückkehr zum Monotheismus (*tauḥīd*) und bezichtigte Anhänger des Götzendiensts (*ṣirk*) und der Apostasie. Er ließ Tanz, Tabak und Gesang verbieten. 1744/45 schloss er mit dem lokalen Herrscher Muḥammad b. Sa‘ūd ein Abkommen, welches in der Folge den Wahhabismus in der Region und darüber hinaus verbreitete (vgl. Steinberg 2002, 2006; Delong-Bas 2004). Dabei handelt es sich bei dem Terminus „Wahhabismus“ um eine diffamierende Fremdbezeichnung. Die

Vermittler und Empfänger dieses islamistischen Gedankenguts (vgl. Forstenlechner/Rutledge 2011). Darunter befand sich auch Muḥammad Quṭb, der Bruder von Saiyid Quṭb, welcher in Ägypten die Muslimbruderschaft mit seinen Schriften zunehmend radikalisiert hatte (vgl. Lacroix 2006: 38; Damir-Geilsdorf 2003; Calvert 2010).

Diese Entwicklung beobachtete die Regierung mit Sorge, fürchtete sie doch erneut, dass ihre Legitimation als unumstrittene Herrscher des Königreichs durch islamistische Kräfte herausgefordert werden könnte. Während die *Ṣaḥwa*-Bewegung zu Beginn ihres Engagements kaum direkte Kritik an den Zuständen in Saudi-Arabien äußerte, sondern nur die allgemeinen Fehlentwicklungen innerhalb der islamischen Welt und deren Niedergang angeprangert hatte, änderte sich dies in den 1980er Jahren: Ihre Mitglieder forderten politische Reformen und stellten die religiöse Legitimation der saudischen Führung und der wahhabitischen Religionsgelehrten in Frage. Das Königshaus wurde als „dekadent“, „korrupt“ und als Inbegriff der westlichen Modernisierung diffamiert (vgl. Kapiszewski 2006). Die Mitglieder der *Ṣaḥwa* fühlten sich vom „Wirtschaftswunder“ der 1970er Jahre (vgl. Hertog 2005) ausgegrenzt und bemängelten, von den massiven Investitionen in die religiöse Infrastruktur nach der niedergeschlagenen Besetzung der Großen Moschee in Mekka 1979 nicht profitiert zu haben (vgl. Buchan 1981; Reissner 1980; Kechichian 1986; Teitelbaum 2000; Peil 2004). Weiterhin verfügte die *Ṣaḥwa* über gewissen Rückhalt bei den arabischen Migranten, was sie zu einem wirkmächtigen Akteur innerhalb der politischen Landschaft aufsteigen ließ. Das Königshaus musste daraufhin reagieren, da es eine zunehmende „Ägyptisierung“ (Graz 1992: 220f.) fürchtete. Es begann, „unliebsame“ arabische Arbeitsmigranten zu deportieren oder Führer der *Ṣaḥwa*-Bewegung zu kooptieren und zu inhaftieren.

1.2 Die Rekrutierung südasiatischer Migranten: Von regionaler „Arabisierung“ zu internationaler „De-Arabisierung“

Die Ausweisung arabischer Migranten führte dazu, dass ein Mangel an Arbeitskräften kompensiert werden musste. Infolgedessen rekrutierten staatliche und

Anhänger dieser sunnitischen Strömung bezeichnen sich selbst eher als „Bekennner der Einheit Gottes“ (*al-muwaḥḥidūn* oder *ahl al-tawḥīd*), als „Gefolgsleute der frommen Altvorderen“ (*as-salafiyūn*) oder schlicht als „Muslime“ (*al-muslimūn*) (vgl. Peskes 1993: 16; Commins 2015: 165). 88% der saudischen Bevölkerung bekennen sich zum sunnitischen Islam, der in der wahhabitischen Auslegung zur Staatsreligion ernannt wurde. Die wahhabitischen Religionsgelehrten sind im modernen saudischen Staat nach 1932 zu einer/m einflussreichen Akteur*in des rechtlichen und politischen Systems geworden.

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

private Arbeitgeber aus Saudi-Arabien zunehmend südasiatische Arbeitsmigranten (vgl. Birks et al. 1988; Russell 1989; Khadria 2008; Naufal 2011; Naufal/Genc 2012). Auf die Phase der „Regionalisierung“ von Arbeitsmigration zwischen den 1950er bis Ende der 1970er Jahre folgte somit die „Internationalisierung“ in Form von Süd-Süd-Migration (vgl. Thiollet 2016: 10), was von Kapiszewski auch als „De-Arabization of the labour market“ beschrieben wird (Kapiszewski 2006: 6; Kapiszewski 2007: 83). Dies lag nicht nur daran, dass unliebsame Islamisten aus Ägypten oder Syrien ausgewiesen wurden, sondern lässt sich auch mit der ansteigenden Ölproduktion im Irak begründen, sodass viele irakische Migranten aus Saudi-Arabien in ihre Heimat zurückkehrten, um dort in der Ölindustrie zu arbeiten (Birks/Sinclair 1979: 91). Der Anteil arabischer Migranten sank von 72% im Jahr 1975 (vgl. Kapiszewski 2006), auf 25–29% im Jahr 2002 (vgl. Fox et al. 2006: 46). Dennoch stieg insgesamt die Zahl aller Migranten in Saudi-Arabien (arabische und asiatische) zwischen 1975 und 1985 um insgesamt 427% von 670.000 auf 3,5 Millionen, was vor allem mit der massiven Einwanderung asiatischer Migranten begründet wird (vgl. Birks et al. 1988: 274; Serageldin 1983). Von den heute ca. 30 Millionen Einwohnern wurden etwa 9,7 Millionen nicht im Königreich geboren, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 32,4% entspricht (vgl. de Bel Air 2014a).¹⁶ 2012 stammten mehr als zwei Drittel der Arbeitsmigranten aus Asien (Lucas/Richter 2012). Neben Indien, Sri Lanka, Malaysia, Indonesien und Bangladesch wurde Pakistan vor allem aufgrund der politischen Nähe beider Regierungen, der unkomplizierten Rekrutierungsprozesse und der kostengünstigen Arbeitskraft schnell zum beliebtesten Entsendeland für Saudi-Arabien (vgl. auch [Kapitel 5](#)).

Gehörten viele der arabischen Migranten noch in weiten Teilen zu einer Bildungselite, welche die Institutionalisierung des saudischen Staates maßgeblich vorangetrieben hatte, handelte es sich bei (süd-)asiatischen Arbeitsmigranten aufgrund ihres geringen Bildungsniveaus und der nur sporadisch vorhandenen Arabischkenntnisse zumeist um einfache (Fach-)Arbeiter, die in Infrastrukturprojekten, im Dienstleistungssektor, im häuslichen Bereich oder in geringem Umfang auch im mittleren Management eingesetzt wurden. Südasiatische Migranten wurden auch aufgrund ihres mangelnden Bildungsniveaus als ideologisch unverfänglich und weniger indoktriniert bzw. empfänglich für islamistische Ideen („passive observers“, Choucri 1986: 252) eingeschätzt, als „less expensive to employ, easier to lay off“ und „more efficient, obedient and mana-

¹⁶ Hierbei handelt es es sich um offizielle Angaben, die nicht unabhängig auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden können. Vor allem die hohe Zahl an unregistrierten bzw. undokumentierten Migranten wird statistisch nicht erfasst, sodass die tatsächlichen Anteile der Arbeitsmigranten an der Gesamtbevölkerung höher liegen dürften.

geable“ (Kapiszewski 2006). Sie stellten somit aus Sichtweise der saudischen Führung kein Risiko für die Stabilität ihrer Herrschaft dar (vgl. El-Shagi 1985: 204). „Hatte die kulturelle Affinität die ersten inter-arabischen Arbeitsströme gefördert, so wurden nun die kulturellen Unterschiede zunehmend als positive Eigenschaften gesehen“ (Diederich 1995: 35). Weiterhin war es ihnen aufgrund der politischen Restriktionen und kaum verfügbarer finanzieller Kapazitäten im Gegensatz zu vielen arabischen Migranten nicht möglich, ihre Familien mitzubringen. So handelt es sich im Falle Pakistans bei 99,3% um männliche Migranten. Zwischen 2008 und 2013 emigrierten insgesamt nur etwa 8.000 Frauen, was einem Anteil von 0,1% entspricht (BEOE 2015a), davon 1.153 nach Saudi-Arabien. Im Gegensatz zu anderen Entsendestaaten wie Indonesien, die Philippinen oder Bangladesch, die die Rekrutierung von weiblichen Hausangestellten gesetzlich legitimieren, ist dies seit 1979 nach den pakistanischen Emigration Rules (Auswanderungsgesetzen) Frauen unter 35 Jahren, die als Hausangestellte oder Kindermädchen arbeiten wollen, verboten (vgl. Oommen 2016: 29).¹⁷ Dies reduziert die Migrationsoptionen für pakistanische Frauen deutlich, da sie im häuslichen Bereich als zu alt und damit unattraktiv wahrgenommen werden (vgl. Rajan und Jolin 2014).

1.3 Arbeitsmigranten und ihre Bedeutung für den saudischen Arbeitsmarkt: Soziökonomische Herausforderungen und Zwang zur „Saudisierung“

Die Dominanz der Arbeitsmigranten im Privatsektor ist somit zu einem kontinuierlichen Charakteristikum des saudischen Arbeitsmarkts geworden. Diese Entwicklung führte jedoch zu einem strukturellen Ungleichgewicht: Während im öffentlichen Dienst 95% der saudischen Staatsangehörigen angestellt sind, liegt deren Anteil im Privatsektor bei nur 12% (vgl. GLMM 2013). Nur 1,7 Millionen der 8,4 Millionen im Privatsektor beschäftigten Arbeitnehmer*innen verfügen über die saudische Staatsangehörigkeit (vgl. Cordesman 2015).

Durch die Öleinnahmen konnte die einheimische Bevölkerung über Jahrzehnte hinweg vom Staat versorgt werden. Diese Alimentierung wurde zum wichtigsten herrschaftslegitimierenden Instrument der saudischen Königsfamilie, politische Opposition zu kooptieren und die Loyalität der einheimischen Bevölkerung zu konsolidieren. Die Annehmlichkeiten des Rentierstaatssystems führten innerhalb der saudischen Bevölkerung zu einem Anspruchsdenken,

¹⁷ In Indien liegt das Mindestalter für Migrantinnen bei 30 Jahren, in Bangladesch bei 25, in Sri Lanka bei 21 und in Nepal bei 18 Jahren (vgl. MOP 2015: 25).

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Tabelle 2. Bevölkerungswachstum Saudi-Arabien (in 1.000) (1950–1997). *Quelle: Wil-loughby 2006: 224.*

1950	1960	1970	1980	1990	1997
3.201.000	4.075.000	5.745.000	9.372.000	15.800.000	19.500.000

welches in der Literatur als „*mudīr*-Mentalität“ (Champion 1999: 53) oder in neueren Arbeiten als „*taub*-Syndrom“ (Yamada 2015) umschrieben wird: „Neben einem höheren Lohn sind mit einer Beschäftigung beim Staat weitere Vorteile wie Beschäftigungsgarantie, regelmäßige Gehaltserhöhungen, feste Arbeitszeiten und diverse Sozialleistungen verbunden“ (Lucas/Richter 2012: 4).

Der Bedarf an Arbeitsmigranten wuchs somit weiter, da er nicht aus einheimischen Arbeitnehmern absorbiert werden konnte. Privatunternehmen sahen keinen Anreiz, mit den Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu konkurrieren. Dies führte dazu, dass saudische Arbeitskräfte sich stattdessen in die „freiwillige Arbeitslosigkeit“ begaben, indem sie sich weigerten, einen Arbeitsplatz im Privatsektor zu schlechteren Konditionen zu akzeptieren.

Durch die demographische Entwicklung und die wachsenden Herausforderungen für das traditionelle Rentierstaatsmodell gerät diese Zweiteilung des saudischen Arbeitsmarktes allerdings bereits seit Jahren in Bedrängnis. Im Zuge der wachsenden Bevölkerung ist der öffentliche Dienst in Saudi-Arabien nicht mehr in der Lage, die nachrückenden jungen Arbeitskräfte zu absorbieren. Zwar hat sich die Geburtenrate deutlich reduziert, dennoch sind immer noch 30,4% der saudischen Bevölkerung unter 15 Jahren (vgl. GAS 2016: 20). Zwischen 1950 und 1997 wuchs die Bevölkerung von 3,2 auf 19,5 Millionen (siehe [Tabelle 2](#)). Allein zwischen 2010 und 2016 betrug das Bevölkerungswachstum noch immer 16,5% (vgl. GAS 2016: 20).

Mit den eingeführten Stipendienprogrammen für saudische Studierende im US-amerikanischen, kanadischen oder europäischen Ausland unter König ‘Abdallāh (reg. 2005–2015) wurde das Bildungsniveau zukünftiger Arbeitnehmer*innen nochmals verbessert. Im Land entstand eine Bildungsinfrastruktur, die insbesondere den Ausbildungsgrad für Frauen an hob. Trotzdem fanden die privaten Unternehmen keine qualifizierten einheimischen Arbeitskräfte, da keine ausreichende Expertise für die Anforderungen des Arbeitsmarktes aufgebaut worden war (vgl. Hamaizia 2015: vi). Stattdessen investierte der Staat in den 1980er Jahren vermehrt in den Ausbau der religiösen Bildung, indem die Imām-Schulung und die Ausstattung islamischer Universitäten gefördert wurden, obwohl der Arbeitsmarkt andere Qualifikationen verlangte.

Noch immer präferieren saudische Berufseinsteiger eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst, da dies als sozial akzeptierter und lukrativer erscheint. Auch deswegen gelingt es privaten Arbeitgebern kaum, geeignetes saudisches Personal zu finden, sodass sie weiterhin Migranten rekrutieren.

1.3 Arbeitsmigranten und ihre Bedeutung für den saudischen Arbeitsmarkt

Deren Lohnanforderungen liegen deutlich unter denen einheimischer Konkurrenten. Weiterhin fordern sie weniger Urlaub und verzichten auf familienfreundliche Arbeitszeiten. Hinzu kommt, dass der saudische Staat in der Vergangenheit zwar Milliardensummen in den Ausbau des Bildungssektors investierte, das nationale Ausbildungsniveau aber zumeist nicht ausreicht, um private, im internationalen Wettbewerb agierende Unternehmen zu überzeugen, saudische Arbeitskräfte einzustellen. Im Zuge dieser sozioökonomischen Strukturängel und der demographischen Entwicklung ist die Arbeitslosigkeit in Saudi-Arabien gestiegen. 2013 lag sie offiziell bei 12,7%, die Jugendarbeitslosigkeit (15–24 Jahren) gar bei 29,2% (vgl. Fazli/Faridi 2014). Insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit von Frauen von 35,3% im Jahr 2013 wird als gravierendes Problem wahrgenommen (vgl. De Bel Air 2014b).

Erklärtes Ziel der saudischen Regierung ist es deswegen, den Arbeitsmarkt zu nationalisieren, indem insbesondere die Abhängigkeit von Arbeitsmigranten im Privatsektor sowie die Arbeitslosigkeit bei einheimischen Arbeitskräften reduziert und die saudische Wirtschaft diversifiziert wird („Gulf model“, Thiollet 2016: 2). Frühe Pläne einer solchen Nationalisierung wurden bereits im ersten Fünf-Jahres-Plan (1970–1975) formuliert und gehen bis auf die 1950er Jahre zurück (vgl. De Bel Air 2014a). Die Literatur beschäftigt sich umfassend mit den saudischen Arbeitsmarktreformen, die die saudische Migrationspolitik (vgl. Steinberg 2003), das Arbeitsrecht (vgl. Fazli/Faridi 2014), die Auswirkungen auf südasianische Migranten und ihre Entsendestaaten und die Bestimmungen des *Kafāla*-Programms (de Bel Air 2015; Koyame-Marsch 2016; Ramady 2013) diskutiert. Diese „Saudisierung“ (*saʿwada*) blieb seither jedoch weitgehend erfolglos (vgl. Alsheikh 2015).

Dies will die saudische Regierung in den letzten Jahren ändern: Deswegen wurde 2011 das sogenannte *Nitāqāt*-Programm eingeführt, welches Einstellungsquoten für Unternehmen der Privatwirtschaft festlegt. Firmen, die in die grüne und die Premiumkategorie fallen, erhalten Vergünstigungen vom Staat, während Firmen in der gelben und roten Kategorie damit rechnen müssen, dass die Aufenthaltsgenehmigungen ihrer ausländischen Angestellten nicht verlängert werden. Außerdem müssen sie für jeden Arbeitsmigranten oberhalb des Einstellungslimits eine jährliche Strafe von 640 US-Dollar zahlen (vgl. De Bel Air 2014). Nach offiziellen Angaben sollen diese Maßnahmen erste Erfolge erzielt haben: Zwischen Mitte 2011 und Mai 2013 soll sich die Zahl der saudischen Arbeitnehmer*innen im Privatsektor auf 1,5 Millionen verdoppelt haben (Espey, 31.01.2014). Allerdings leiden vor allem kleinere Unternehmen unter den strikten Auflagen, da sie sich zumeist die höheren Gehälter für saudische Angestellte nicht leisten können (oder wollen). Dies führte dazu, dass zwischen 2011 und 2013 ein Viertel der kleineren Unternehmen im Zuge des *Nitāqāt*-Programms schließen mussten. Weiterhin finden viele Unternehmen Wege, die

1. Kontextualisierung: Pakistanische Migration nach Saudi-Arabien

Saudisierung ihrer Belegschaft zu umgehen. Ähnlich wie bei früheren Nationalisierungskampagnen grassiert sie sogenannte „Phantom-Beschäftigung“ („phantom employment“, Hertog 2014: 7), bei der zwar vertraglich die Angestellten bei dem jeweiligen Unternehmen angestellt sind und von ihm bezahlt werden, ohne jedoch tatsächlich ihrem Dienst nachzukommen. Der wird weiterhin von ausländischen Arbeitskräften geleistet. Auch nehmen Unternehmen lieber die drastischen Strafzahlungen in Kauf, wenn sie gegen die Auflagen verstoßen, weil dies günstiger ist, als saudische Arbeitskräfte einzustellen (Sons 2014a), sodass es sich oftmals nur um eine „vorgetäuschte Saudisierung“ (Koch 2014: 39) oder um „fake Saudization“ (Palik 2018: 118) handelt.

Dieser Hintergrund setzt den Rahmen für die spätere Verortung der neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur*innen in dem untersuchten Teilbereich der pakistanischen Öffentlichkeit. Immerhin dominieren oben ausgeführte Themen wie die „Saudisierung“ etc. auch die Diskussionen um Migration aus Pakistan nach Saudi-Arabien und beeinflussen damit die Perzeptionen und Handlungsfelder der untersuchten Akteur*innen. Darüber hinaus fungiert der Überblick über die historische Entwicklung der Migrationsnetzwerke zwischen Pakistan und Saudi-Arabien als inhaltliche Grundlage für die weiterführende Betrachtung der im folgenden Kapitel vorgestellten theoretischen Konzepte.